

VBBI: Raus aus der Durchschnittsfalle. 23.05.2012

Utl.: Jetzt müssen die entscheidenden Schritte für die Zukunft Österreichs gesetzt werden

Wien – Bei der Pressekonferenz heute, 23.5.2012, traten die fünf Bevollmächtigten des „Volksbegehren Bildungsinitiative“ zusammen, um auf die Notwendigkeit der Umsetzung der Forderungen und Empfehlungen des Bildungsvolksbegehrens zu drängen.

Hannes Androsch, Initiator des Bildungsvolksbegehren, macht dabei deutlich, dass es keine Gründe für Verzögerungen bei der Umsetzung mehr gibt: „Was zu Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveau in Österreich zu tun ist, ist kein Geheimnis. Die Empfehlungen des Bildungsvolksbegehrens liegen auf dem Tisch – aber auch die einhellige Meinung aller Expertinnen und Experten ist bekannt.“

Bernd Schilcher betont die Gefahr des Mittelmaß in Österreich: „Unser Unterricht ist in der Regel auf Durchschnitt zugeschnitten. Es werden alle Schüler über einen Kamm geschert, statt jeden einzelnen nach seinen Interessen und Fähigkeiten zu unterrichten und zu beurteilen.“ Gleichzeitig fordert er die Abgeordneten des Hohen Hauses auf, entscheidende Schritte zu setzen: „Es liegt jetzt an den Abgeordneten des Parlaments, ob unsere Schulen künftig Talente-Schmieden werden oder in den internationalen Rankings immer weiter zurückfallen.“

In eine ähnliche Richtung argumentiert Gundi Wentner: „Ich hatte in den Ausschusssitzungen zum Bildungsvolksbegehren den Eindruck gewonnen, dass über weite Strecken Übereinstimmung quer über alle Parteien herrscht. Leider schaut es jetzt, wo es um die Umsetzung geht, nach wenig konkreten Handlungsvorschlägen aus. Es braucht jedoch dringend die große Bildungsreform.“ Sie betont dabei besonders das Problem der sozialen Durchlässigkeit im Österreichischen Bildungssystem: „De facto haben wir einen Numerus Clausus in Österreich – und zwar nicht nach der Reifeprüfung sondern beim Übergang von der Volksschule in die weiterführenden Schulen. Durch diese Selektion mit neuneinhalb Jahren verlieren wir viele Talente am Weg zu höherer Bildung.“

Die Problematik der vergeudeten Talente ist auch für Hans Sünkel ein entscheidender Punkt: „Unsere wichtigste Ressource, den intellektuellen Reichtum unseres Landes, haben wir – wenn auch noch nicht ganz verspielt – so zumindest stark gefährdet. Wenn wir nicht wollen, dass unsere Löhne sinken um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, dann müssen wir mindestens so gut sein, wie wir teuer sind!“ Und diese Qualität können wir derzeit an der Universitären Front nicht bieten, nicht zuletzt aufgrund der massiven Unterfinanzierung des tertiären Sektors: „Es braucht den Mut zum budgetären Klimmzug, um wieder zu den führenden Bildungsnationen aufschließen zu können. Diesen bildungspolitischen Aufschwung brauchen wir alle sehr viel dringender als so manchen medienwirksamen Hüftschwung.“

Die Frage der Bildungsfinanzierung ist auch Veit Sorger ein Anliegen: „Ein zu großer Teil der Bildungsausgaben landet in der Verwaltung. Hier müssen wir deutlich effizienter werden. Es ist nicht akzeptabel, dass wir ständig sagen: Wir können uns das nicht leisten. Das Geld ist vorhanden, es muss nur richtig eingesetzt werden.“ Die Industriellenvereinigung beschäftigt sich seit Jahren mit dem Zukunftsthema Bildung. „Vor allem die Sicherung des benötigten Fachkräftenachwuchses ist für die Industrie nicht nur ein Anliegen, sondern eine Überlebensfrage geworden. Vor diesem Hintergrund unterstützt die IV weiterhin das Volksbegehren Bildungsinitiative, das wir als einmalige

Chance betrachten, um neue, richtungsweisende Entscheidungen in die Wege zu leiten. Wir erwarten daher konkrete Ergebnisse am Ende der Behandlung im Parlament.“

Zum Abschluss nimmt Hannes Androsch noch die Abgeordneten zum Parlament in die Pflicht: „Wir waren überrascht und erfreut über das hohe Maß an Konsens im Ausschuss. In den Beschlüssen des Hohen Hauses wird sich allerdings zeigen, ob die Abgeordneten freie, ihrem Gewissen verpflichtete Mandatare sind, oder Weisungen empfangende Marionetten der Regierung oder gar der Landeshauptleute.“

Am 31. Mai findet die letzte Sitzung des „Besonderen Ausschuss zur Vorbehandlung des Bildungsvolksbegehrens“ statt, bei der die entscheidenden Weichen im Sinne des VBBI gestellt werden sollen.